

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

24. Januar 2006

Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller), Änderung des Raumplanungsgesetzes (Flankierende Massnahmen)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Herren Bundesräte

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) bedankt sich für die Gelegenheit, zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie der Änderung des Raumplanungsgesetzes (Flankierende Massnahmen zur Aufhebung des ersten Gesetzes) Stellung nehmen zu können.

Grundsätzlich können wir der Aufhebung der Lex Koller zustimmen. Es ist in der Tat heute nicht mehr ein Ausländerproblem, das zu bewältigen ist, sondern es müssen griffige Massnahmen gefunden werden, dass der weitere Zuwachs von Zweitwohnungen und übrigen Bauten nicht ungeordnet geschieht. Viele Touristenorte haben heute das Problem, eine unverhältnismässig grosse Infrastruktur bereitstellen zu müssen, die aber nur während wenigen Tagen im Jahr tatsächlich erforderlich ist. Gleichzeitig ist die Übernutzung von Erholungs- und Naturräumen erheblich. Wir stimmen Ihrer Analyse betreffend bestehender und zu erwartender Tendenzen und Schwierigkeiten zu.

Die Lex Koller kann also nur aufgehoben werden, wenn vorgängig oder gleichzeitig flankierende Massnahmen erfolgen. Daher hat die vorgesehene Änderung des Raumplanungsgesetzes und seine Umsetzung erste Priorität. Erst in einem zweiten Schritt darf die Lockerung zum Erwerb von Grundstücken erfolgen.

Die vorgeschlagene Formulierung im RPG braucht eine klare Konkretisierung des Bundes z.Hd. Kantonen und Gemeinden auf Verordnungsstufe. Die Komplexität der Problemstellungen wird immer grösser und die Fragestellungen rufen nach Lösungen, die über Gemeinde- oder auch Kantonsgrenzen hinausreichen. Beispiele dafür sind:

- Verkehrsüberkapazitäten und schlecht genutzte Verkehrsraumfläche ausserhalb Ferienzeiten
- Unterschiedlich hohe Abfallmengen → Probleme bei Kanalisation und Kläranlagen
- Elektrische und andere Energieversorgung auf zu hohe Grundlasten ausgelegt
- Ortsbildveränderungen
- Übernutzung der Landschaft, insbesondere in Wintersportgebieten

Die EVP schlägt deshalb folgende **Änderung** für das Bundesgesetz über die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vor:

Abschnitt II (neu) "Inkraftsetzung"

Die Aufhebung erfolgt frühestens drei Jahre nach Inkrafttreten RPG Art. 8 Abs. 2, wenn die Kantone und Gemeinden die geeigneten Massnahmen errichtet haben.

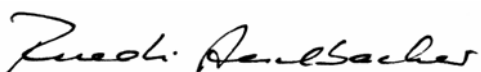
Abschnitt III (neu) entspricht dem im Entwurf vorgesehenem Abschnitt II.

Die EVP verlangt, dass **zu RPG Art. 8 Abs. 2 auf Verordnungsstufe vom Bund klare Vorgaben** zur Umsetzung an Kantone und Gemeinden **erlassen** werden.

Mit diesen Änderungen, Ergänzungen und Massnahmen kann die EVP, wie eingangs erwähnt, der Aufhebung der Lex Koller zustimmen. Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Überlegungen und hoffen, dass unsere Anliegen in der überarbeiteten Fassung berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier